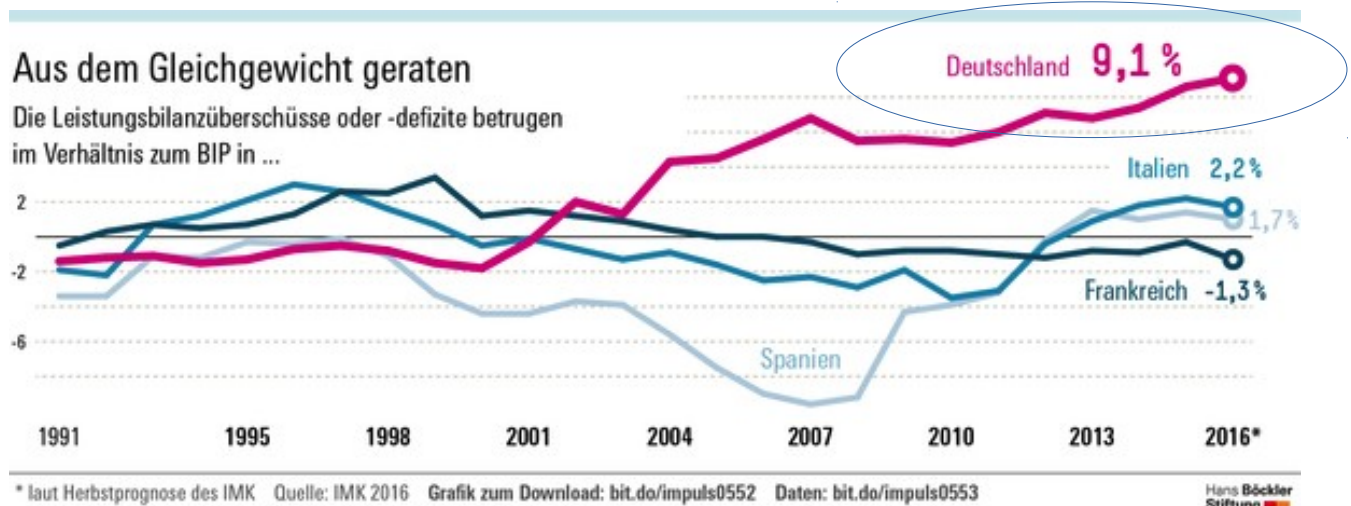


Deutsche Unternehmen produzieren vergleichsweise kostengünstig. **Über mehrere Jahre sind die Löhne in Deutschland kaum gestiegen.** Der **Verteilungsspielraum für Lohnsteigerungen**, der sich aus der mittelfristigen Zunahme der Produktivität und der Zielinflationsrate ergibt, wurde in der Vergangenheit „lange nicht ausgeschöpft“, so Horn. Dadurch haben deutsche Firmen einen Kostenvorteil gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern erlangt, in denen die Löhne stärker gestiegen sind.



Wo liegt das Problem hoher Überschüsse?

„Durch das **extreme Missverhältnis zwischen Aus- und Einfuhren** entstehen makroökonomische Ungleichgewichte“, erklärt Horn. Überschüsse im Land A führen zu Defiziten im Land B. Um die Defizite zu finanzieren, bedarf es einer Kreditvergabe von A nach B. Zeitweise funktioniert das. Bald stellt sich jedoch die Frage: **Wie lange kann sich B die Rückzahlung leisten?** Zweifel an der Bonität von B kommen auf. Die Zinssätze steigen. Die Belastung für B nimmt zu. Kreditausfälle sind die Folge. Am Ende muss A nicht nur das verliehene Geld abschreiben, sondern verliert auch seinen Absatzmarkt. Innerhalb einer Währungsunion ist das Problem besonders groß, weil sich die Ungleichgewichte nicht durch Auf- oder Abwertung einzelner Währungen korrigieren lassen – dies hat sich in der Eurokrise drastisch gezeigt. Dabei sehen die Stabilitätsvorgaben im Euroraum mittlerweile nicht nur die Eingrenzung von Defiziten, sondern auch von Überschüssen vor. Deutschland verstößt bereits im sechsten Jahr in Folge gegen diese Regeln.

Was hilft gegen Ungleichgewichte?

Erstens sollten die **Löhne** grundsätzlich im Rahmen des Verteilungsspielraums steigen. Dies **führt zu höheren Konsumausgaben**, vermehrten Importen und somit tendenziell zu einem Ausgleich der Leistungsbilanz. In der aktuellen Situation reicht das aber noch nicht aus: „Der Verteilungsspielraum sollte temporär überschritten werden, um den Anpassungsprozess zu beschleunigen“, fordert Horn.

Zweitens: Die **Ausgaben für Investitionen müssen steigen**. Unternehmen haben während des Aufschwungs bislang wenig in die Erneuerung ihrer Anlagen im Inland investiert – das **könnte sich in Zukunft rächen**. Auch der Staat hat Investitionen vernachlässigt, etwa in die Infrastruktur oder Bildung. Wenn sowohl Firmen als auch die öffentliche Hand mehr Geld ausgeben, stärkt dies die Binnenwirtschaft und hilft, die einseitige Ausrichtung auf die Exportwirtschaft auszugleichen. „Ein binnenwirtschaftlich getragener Aufschwung ist weniger anfällig für außenwirtschaftliche Schocks und schlägt sich zudem stärker in Steuereinnahmen nieder, die dann für wirtschaftlich und gesellschaftlich wichtige Aufgaben zur Verfügung stehen“, erklärt Horn. Der finanzielle Spielraum für staatliche Investitionen ist vorhanden: **Für 2016 rechnet das IMK mit einem gesamtstaatlichen Budgetüberschuss von gut 19 Milliarden Euro und für 2017 von knapp 22 Milliarden Euro.**